



Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN im Rathaus

Friedensplatz 1, 44122 Dortmund

Fon: 0231 - 5022078

Fax: 0231 - 5022094

www.gruene-do.de

An die
Medien

Dortmund

08.10.08

PRESSEMITTEILUNG

GRÜNE begrüßen Rettung des Arbeitslosenzentrums - Lösung über zwei Jahre hinaus wichtig

Mit Erleichterung haben die GRÜNEN im Rat und der sozialpolitische Sprecher der GRÜNEN im Bundestag, Markus Kurth, die vorläufige Rettung des Arbeitslosenzentrums (ALZ) trotz der Streichung der Zuschüsse durch die Landesregierung zur Kenntnis genommen.

Birgit Unger, Ratsmitglied der GRÜNEN und Vorsitzende des Sozialausschusses:

“Die Rettung des Arbeitslosenzentrums ist zuallererst eine gute Nachricht für die Beschäftigten sowie für die vielen tausend arbeitslosen Frauen und Männer, die im ALZ auch weiterhin eine unabhängige und kompetente Beratungsmöglichkeit haben. Damit ist auch der Auftrag des Sozialausschusses aus dem letzten Jahr erfüllt, nach anderen Möglichkeiten einer Finanzierung der Arbeit zu suchen, wenn die Landesregierung bei der Streichung ihrer Zuschüsse bleibt. Unser Dank gilt der Verwaltung, der ARGE und dem DGB, dass dies gemeinsam mit dem Trägerverein des ALZ gelungen ist. Damit wird zwar erneut die Finanzierung einer wichtigen sozialpolitischen Maßnahme vom Land abgewälzt. Trotzdem ist es gut, dass es die Landesregierung mit der Streichung der Zuschüsse nicht geschafft hat, dieses für Dortmund so wichtige Angebot zu zerschlagen. Wir gehen davon aus, dass die Verwaltung in der Sitzung des Sozialausschusses in der kommenden Woche über die gefundene Lösung und Vereinbarung berichtet.“

Markus Kurth: „Beratungsstellen in vielen anderen Städten müssen aufgrund der Politik der Landesregierung ihre Arbeit einstellen. Diese Arbeitslosenzentren müssen wieder eingerichtet werden und brauchen eine verlässliche Finanzierung durch Bund und Land. Eine erfolgreiche Vermittlung beginnt vor Ort. So ist auch vom neuesten Vorschlag von Arbeitsminister Scholz für die Kommunen

nichts Gutes zu erwarten: Wenn das Eckpunktepapier zur Reform der JobCenter durchgesetzt wird, schwinden weitere Handlungsspielräume für die Kommunen und deren Einfluss auf die Vermittlung von Langzeitarbeitslosen in den Arbeitsmarkt.“

Ein Wermutstropfen für die GRÜNEN ist allerdings die Tatsache, dass die nun gefundene Finanzierungsmöglichkeit nur für das ALZ zwei Jahre bis Ende 2010 gilt. Die GRÜNEN halten es deshalb für notwendig, so früh wie möglich nach einer Anschlussfinanzierung zu suchen.

Birgit Unger: „Zwei Jahre sind dafür nicht viel Zeit. Das Einfachste und Beste wäre es, wenn die CDU/FDP- Landesregierung im Frühjahr 2010 abgewählt wird und eine neue Mehrheit die Zuschüsse für die Arbeitslosenzentren wieder einführt. Unabhängig davon sollten die Verantwortlichen schon heute damit beginnen, nach weiteren Finanzierungsmöglichkeiten zu suchen. Denn wir halten als GRÜNE die Arbeit des ALZ auch über 2010 hinaus für wichtig und notwendig.“